

Thünen-Institut
für Regionalentwicklung e.V.
www.thuenen-institut.de

Rainer Land

Ostdeutschland 1989 bis 2010 – fragmentierte Wirtschaftsentwicklung

Beitrag für German Studies Association, Thirty-Fourth Annual Conference,
October 7-10, 2010, Oakland, California, 224.

Debating the Results of Unification (4):

Überholt aber nicht eingeholt: Economic Developments in the New Germany

Zunächst möchte ich an die Ausführungen meines Vorredners Wolfgang Seibel anknüpfen, die mich dann direkt auf meine eigenen Thesen hinführen.

Wenn ich alles richtig verstanden habe, sagt Wolfgang Seibel: Die Ostdeutschen waren kein Opfer einer Kolonialisierung oder eines „Anschlusses“, sondern sie haben das bekommen, wofür sie sich zwischen dem Herbst 1989 und dem Frühjahr 1990 entschieden haben: Beseitigung der SED Diktatur, Einführung der DM, Wirtschafts- und Währungsunion, Umtausch der Löhne und Gehälter und eines erheblichen Teils der Spareinlagen zum Kurs 1:1, soziales Sicherungssystem der Bundesrepublik und staatliche Vereinigung mit der Bundesrepublik. Durch diese Entscheidungen für die schnelle Währungs- und Wirtschaftsunion, den Umtauschkurs von 1:1, den Beitritt nach § 23 und weitere daraus folgende Entscheidungen waren im Prinzip die Weichen gestellt. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht – so höre ich es heraus – war dieser Vereinigungspfad unvernünftig, denn die dann folgende Vereinigungskrise, die Deindustrialisierung und die sich daran anschließende zähe Entwicklung zwischen Aufholen, Stagnation und Rückschlägen waren im Prinzip unvermeidbare Folgen dieser Weichenstellungen. Sie aber waren politisch gewollt, und zwar auch und hauptsächlich von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung. In dieser Position stimme ich Wolfgang Seibel im Kern zu.

Als ich im Februar 1990 auf einer Versammlung der Ostberliner SPD auf die Folgen einer fast übergangslosen Integration der DDR-Betriebe in die westdeutsche bzw. europäische Marktwirtschaft und damit den Weltmarkt hingewiesen habe und eine Arbeitslosenquote von wahrscheinlich mehr als 15 Prozent (für die DDR damals eine unglaubliche Vorstellung) prognostiziert habe, wurde ich mit Pfiffen und Buhrufen bedacht. Es gab natürlich Leute, die damals gesagt haben, wirtschaftlich vernünftig wäre eine konföderative Entwicklung mit schrittweiser wirtschaftlicher Integration über ca. 10 Jahre. Für diese Zeit hätte es noch getrennte Währungen geben sollen, aber eine Kopplung über eine gemeinsame konföderative Bank, die den Bürgern und den Betrieben den Umtausch der Währungen zu bestimmten Konditionen ermöglicht hätte. Ich habe darüber im Dezember 1989 mit dem damaligen Chefökonom der Deutschen Bank geredet. Er hatte sinngemäß gesagt: *Sie müssen die Karre selbst aus dem Dreck ziehen, wir können nur helfen. Aber es wäre ganz falsch, wenn die (west)deutsche Wirtschaft sich in den kommenden Jahren vorrangig in der DDR engagieren würde. Für uns geht es um Westeuropa und vor allem um den Wettbewerb mit Japan (das war vor dem Niedergang des japanischen Finanzsystems), Asien und den USA. Eine Orientierung auf die DDR und Osteuropa würde den Strukturwandel und die nötigen Reformen zurückwerfen.* Soweit Norbert Walter im Dezember 1989.

Auf einem größeren Treffen von Managern und Wirtschaftsfachleuten bei der Unternehmensberatung Arthur D. Little im Februar 1990 in Wiesbaden gab es eine kuriose Konstellation. Banker West und Wissenschaftler Ost waren *gegen*, Manager Ost und Politiker West *für* die schnelle Währungsunion. Die Manager aus dem Osten, darunter schwergewichtige

Kombinatsdirektoren, die „zu Hause in der DDR“ einem aufmüpfigen kleinen Universitäts-Assistenten wie mir zu den alten DDR-Zeiten ihr Ohr nicht geliehen hätten, waren vehement dafür, wollten die De-Mark möglichst noch in dieser Stunde. Der am lautesten schrie, hatte seinen Job noch ein paar Monate, dann wurde das Kombinat *Steine und Erden* aufgelöst.

Es gab also in der BRD und in der DDR auch Leute, die einen anderen Weg wollten und dabei waren, ihn zu konzipierten. Aber Wolfgang Seibel hat Recht, die Entscheidung fiel im Wesentlichen durch den politischen Willen der DDR-Bevölkerung in den Demonstrationen vom Dezember 1989, sie fiel durch die immense Abwanderung, die seit dem Frühjahr 1989 anhielt, und sie fiel bei den Wahlen zur Volkskammer im Frühjahr 1990. Die Entscheidung wurde der Bevölkerung nicht aufgezwungen. Allerdings weist Wolfgang Seibel auch auf das Interesse und den Druck der westlichen Alliierten hin, die Instabilität im Zentrum Mitteleuropas vermeiden wollten und Kohl mehr oder weniger den „Auftrag“ gaben, die DDR durch den Anschluss an die BRD zu stabilisieren „koste es was es wolle“. Das wird wohl so gewesen sein. Aber eins kann ich mir nicht verkneifen hinzuzufügen: Es war auch das dezidierte Eigeninteresse eines Teils der westdeutschen politischen Klasse, das zur Beschleunigung des Vereinigungsprozesses beigetragen hat. Denn Kohls Macht war im Sommer 1989 auf dem Tiefpunkt und die Prognosen besagten, dass die CDU die anstehenden Bundestagswahlen im Folgejahr wahrscheinlich verlieren wird. Als Helmut Kohl dann die jubelnde DDR-Bevölkerung in Dresden erlebte, kam ihm und seinen Beratern die Idee, diese Bewegung ließe sich nutzen, das Ruder der Wählergunst noch einmal herumzureißen, um als großer *Kanzler der deutschen Einheit* und nicht zuletzt mit Hilfe der ostdeutschen Wähler wieder ins Bundeskanzleramt einzureiten. Argumente, dass dies wirtschaftlich nicht vernünftig sei, die kannten Kohl und seine Leute natürlich, aber sie waren dem politischen Machtinteresse nachgeordnet, das ja zudem offensichtlich voll übereinstimmte mit dem Willen der Verbündeten und dem der DDR-Bevölkerung. Der Widerstand, den es in der politischen Elite Westdeutschlands auch gab, wurde beiseite geschoben von dieser einzigartigen historischen Allianz zwischen Regierung West, Volk Ost und den Verbündeten.

Zu bemerken ist, dass zu diesem Zeitpunkt die westdeutsche Wirtschaft noch nicht auf dem Ritt nach Osten war, sie begann sehr zögerlich und hat den Prozess weder herbeigeführt noch anfangs forciert. Es ist falsch, die Deindustrialisierung Ostdeutschlands vor allem aus dem *subjektiven* Eigeninteresse westdeutscher Unternehmen an den ostdeutschen Betrieben, Märkten und Grundstücken bzw. aus dem Interesse an der Beseitigung ostdeutscher Konkurrenz zu erklären. Trotzdem spielte das alles im weiteren Verlauf auch eine Rolle – aber Konkurrenz um Ressourcen gehört zu einer Marktwirtschaft. Wenn einige 1000 Unternehmen kurzfristig zum Kauf stehen – mit exzellenten Grundstücken, vielen Hoffnungen und auch falschen Erwartungen – dann beginnt schon ein Hauen und Stechen, bei dem es nicht immer fein zugegangen sein dürfte. Insofern will ich die verbreiteten Behauptungen, bei

Treuhandprivatisierungen hätte es viel Fehlentscheidungen, Korruption und Unvernunft gegeben, nicht grundsätzlich abweisen. Nur dies ist keine Erklärung für die Deindustrialisierung der 1990er Jahre und die Probleme der Folgejahre. Die Treuhand musste die Folgen einer Entscheidung verarbeiten, die sie selbst nicht herbeigeführt hatte, und sie hatte dabei keine sehr großen Spielräume und vor allem keine grundsätzlichen Alternativen. Soweit bin ich mit Wolfgang Seibel einverstanden. Mehr Sanierung, weniger Abwicklung, weniger Korruption und mehr Autonomie der Betriebe bei der Suche nach einem eigenen Weg wären vielleicht wünschenswert gewesen, vielleicht teurer, vielleicht sogar per Saldo günstiger, aber ob es dann besser gelaufen wäre – und wie viel besser – das kann niemand genau wissen.

Rein theoretisch aber hätte es die Möglichkeit gegeben, beide Wirtschaftssysteme schrittweise zu integrieren und zwischenzeitlich in einer Konföderation mit getrennten, aber flexibel verbundenen Währungen zusammen zu leben. Polen, Tschechien, Kroatien und andere ehemalige Ostblockstaaten, die die Option des Beitritts zu einem westeuropäischen Staat gar nicht haben konnten, zeigen, dass eine schrittweise Transformation erfolgreich möglich war und auch Vorteile hatte. Die Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung in Polen ist größer als die in Ostdeutschland.

Noch kurz ein zweiter Gedanke, den ich nur andeuten will. Klarerweise war es der politische Wille der DDR-Bevölkerung, geäußert in der Abwanderung, den Demonstrationen des Dezember 1989 und den Volkskammerwahlen des Frühjahrs 1990, der die Entscheidung für die schnellstmögliche Vereinigung herbeiführte. Und es war auch die Volksbewegung, die diesen Prozess immer wieder beschleunigte und auch der neu gewählten Volkskammer der DDR keine Abweichungen von diesem Weg gestattete. Aber warum war das so? Noch im Oktober drehte sich der Hauptstrang der Debatte um einen reformierten Sozialismus, um Dritte Wege. Waren es tatsächlich nur die Illusionen des *Wirtschaftswunders*, die Selbstbenebelung durch die voll gestopften Supermärkte und Kaufhäuser?

Ralf Possek und ich haben in unserem Buch „Fremde Welten“ (1998) über das Verhältnis der Bürgerbewegungen und der jüngeren SED-Reformer in den 1980er Jahren eine andere These dazu entwickelt. Unserer Meinung nach hat die Mehrheit der DDR-Bevölkerung sich im Dezember und Januar 1989 auf die Führung durch die politische Elite Westdeutschlands orientiert und sich definitiv gegen die eigenen Eliten entschieden – nicht nur die alte SED-Machtelite, sondern auch die Bürgerbewegungen und die SED-Reformer der Perestroikafraktion. Diese Orientierung war eher ein rationales Kalkül, weniger Ausdruck nationaler Einheitsgefühle. Der Grund für diese Entscheidung der auf den Straßen stehenden und demonstrierenden Bevölkerung war, dass das im November mit dem Sturz der SED-Herrschaft entstandene Machtvakuum zeitnah durch keine eigene legitime politische Führung gefüllt wurde. Es gab im eigenen Land keine politische Organisation oder Koalition, die die Macht übernehmen wollte und sie legitim und glaubhaft hätte ausüben können. Da entschied sich

die Mehrheit der DDR-Bürger für eine Führung durch die politische Elite der BRD und servierte ihre eigene ab.

Die Macht der SED war in zwei Monaten (Mitte Oktober bis Mitte Dezember) faktisch implodiert. Sie hätte nur ausgefüllt werden können, wenn sich sehr schnell eine neue politische Führung etabliert und das Machtvakuum ausgefüllt hätte. Aber woher hätte die kommen sollen? Die Bürgerbewegung definierte sich durch Machtferne und war nicht bereit, selbst Macht zu übernehmen, vielleicht auch konzeptionell dazu nicht imstande. Die jüngeren SED-Reformer wollten an die Macht, waren durch ihre Nähe zur SED aber nicht ohne weiteres legitimiert. Sie hätten nur durch einen radikalen und eindeutigen Schnitt, durch eine klare Trennung von „ihrer Partei“ wieder politischen Spielraum gewinnen können. Dem stand aber der aus der kommunistischen Tradition mitgebrachte Avantgardismus, der *konspirativ gewendete Avantgardismus* dieser Intellektuellen- und Politikergeneration der 1989er Jahre entgegen. Bürgerbewegung und SED-Reformer hätten über einen langen Schatten springen müssen, um im Herbst 1989 die Macht zu ergreifen, die einen über den Schatten ihrer symbolisch aufgeladenen Machtdistanz, die anderen über ihren Avantgardismus, der verhinderte, sich von einer Partei zu trennen, die sich selbst auf den Müllhaufen der Geschichte manövriert hatte. Aber keine der beiden Fraktionen war *allein* imstande, die Führung zu übernehmen.

Die ganze Entwicklung hätte anders aussehen können, wenn es im Dezember 1989 zu einem politisch-pragmatischen Bündnis von relevanten Teilen der SED-Reformer und der Bürgerbewegung gekommen wäre, wenn sie dann die Modrow-Regierung gestürzt, eine provisorische Regierung ausgerufen hätten (statt die alte SED-Regierung an der Macht zu lassen und sie bloß durch einen Runden Tisch und Minister ohne Geschäftsbereich zu kontrollieren) und vor allem sofortige Wahlen zu einer *konstituierenden Versammlung* organisiert hätte. *Gesellschaftsreform durch Verfassungsdiskussion* (Vgl. Will 1989) schien das Gebot der Stunde. Eine Verfassungsdebatte – nicht ruhig und beschaulich, sondern um Klarheit im Gewühl der Ereignisse ringend, statt Illusionen nachzulaufen – das hätte vielleicht Selbstfindung und Legitimation gebracht. In dieser Zeit und aus diesem Grund entstand bekanntlich in wenigen Wochen der Verfassungsentwurf des Runden Tisches, ein wahrlich großer Wurf in der Geschichte freiheitlicher deutscher Verfassungen. Es stand in der Tradition der Weimarer Verfassung, die im Ergebnis der Novemberrevolution 1919 entstanden war, und des Grundgesetzes, das die Lehren aus dem Desaster des Nationalsozialismus gezogen hatte. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches verarbeitete darüber hinausgehend die staatssozialistische Fehlentwicklung der DDR und die Erfahrungen des Herbst 1989. Es wäre möglich gewesen, im Frühjahr 1990 diese Verfassung zu beschließen, eine neue DDR zu konstituieren und sich auf den Weg einer Vereinigung durch konföderative Strukturen zu machen. Eine neu konstituierte Staatlichkeit hätte auch die Legitimität gegeben, auf Augenhöhe –

wenn auch nicht auf gleichem Machtniveau – über die Konditionen der deutschen Einheit nach § 146 und die Art der wirtschaftlichen Vereinigung zu verhandeln. Dies hätte die DDR-Bevölkerung wahrscheinlich gewollt, wenn damit der Machtimplosion schnell ein Ende gesetzt und eine tragfähige Perspektive erkennbar geworden wäre. Natürlich hätten auch akute Probleme, wie etwa der Zugang zur DM schnell geregelt werden müssen. Zu allen diesen Fragen gab es Gespräche, Konzepte und sogar erste Verhandlungen, ich war zuweilen dabei. Es scheiterte an den *neuen* DDR-Eliten, nicht an den alten, die waren schon machtlos. Die Bürgerbewegungen wollten sich mit Macht nicht beschmutzen, den jüngeren SED-Reformern um Gysi und Bisky war die Rettung der Partei, die SED-Nachfolge, und ihre Umwandlung in eine „normale“ parlamentarisch arbeitsfähige Partei wichtiger als das Land und seine Bevölkerung. So ging die Legitimität der Macht aus Sicht der DDR-Bevölkerung an die politische Klasse Westdeutschlands über, von der man nun Auswege und Führung erwartete. Die eigenen Leute hatten ausgespielt, hatten sich selbst ins Aus gespielt. Kurz: Es ist richtig, die Folgen *nicht* bei der Treuhandanstalt abzuladen.

Wie ist diese Geschichte nun weitergegangen? Es ist bekannt und hier nur knapp zu skizzieren: Nach der Vereinigung kamen der Vereinigungsschock und die sogenannte De-Industrialisierung. Die Industrieproduktion ging in zwei Jahren um über 60 %, die Volkswirtschaftliche Gesamtleistung um ca. 30 % zurück. Die Anzahl der Erwerbstätigen verringerte sich bis 1993 von 8,9 auf 5,8 Mio. Personen, das ist ein Rückgang um 35 Prozent, hinzu kommt, dass davon zudem fast 15 % davon arbeitslos wurden. Fast die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse ging zumindest kurzfristig verloren.

Nach der Überwindung des Transformationsschocks kam es zu einer Stabilisierung. 1994 wurde etwa das Produktionsniveau von 1989 wieder erreicht, und zwar auf deutlich höherem Produktivitätsniveau. Die Zahl der Erwerbstätigen lag daher trotzdem um etwa ein Drittel unter der des Jahres 1989, die Arbeitslosigkeit blieb hoch, stieg sogar weiter an. 1997 erreichte Ostdeutschland etwa 76 % des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner. Seit Mitte der 1990er Jahre aber lahmt die Entwicklung, die sich nach dem wirtschaftlichen Einbruch 1990/1991 in den Jahren 1992 bis 1996 mit hohen jährlichen Zuwachsraten des BIP von rund 8 % vollzogen hatte. Bei wichtigen makroökonomischen Indikatoren verharrt das Niveau Ostdeutschlands seitdem ca. 30 % unter dem Westdeutschlands. Das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft lag seit 1997 in den meisten Jahren nicht höher als in Westdeutschland oder sogar darunter; Ostdeutschland konnte den Niveauunterschied zu den alten Ländern nicht aufholen. Dementsprechend ist die Arbeitslosigkeit bis heute etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland und erreichte 2005 mit über 20 % den Höhepunkt. 2009, im 20. Jahr der Einheit, lag das BIP je Einwohner mit 70,5 % des westdeutschen Wertes noch immer um knapp ein Drittel unter dem Niveau des alten Bundesgebiets.

Die immense Abwanderung (regional bis zu 35 Prozent), die erheblichen regionalen Disparitäten, die Einkommensrückstände und der immer noch hohe Transferbedarf – verbunden mit der aus der Entwicklungsökonomie bekannten Transferfalle – werden durchaus plausibel als Gründe für einen auch künftig anhaltenden Rückstand gewertet. Das IWH prognostiziert eine zweite Deindustrialisierungswelle – wegen des Fachkräftemangels, der auf die selektive Abwanderung zurückzuführen ist. Einige Regionen haben mehr als 30 % der Bevölkerung verloren, dabei aber bis zu 80 % des Nachwuchses, und zwar vor allem die jungen Frauen und Männer mit den guten Schulnoten, einer hohen Motivation, Flexibilität und Mobilität. Hohe Arbeitslosigkeit bei den 35 bis 60-Jährigen und zugleich Fachkräftemangel sind eine höchst brisante politische Konstellation, die nicht nur politischen Radikalismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Ideologien begünstigt, sondern auch politischen Populismus.

Ostdeutschland schien das deutsche Mezzogiorno zu werden – wenn dies die ganze Geschichte wäre. Aber sie hat noch eine andere Seite – und die wird oft übersehen. Von denen, die nur die Schattenseiten wahrnehmen, ebenso wie von denen, die die Lage eher schönreden. Diese Entwicklung lässt sich am Besten als *Fragmentierung* bezeichnen – und sie hat schon 1990 begonnen.

Die DDR hatte eine fordistische, am Bild der Massenproduktion orientierte Industrie mit einer starken Komponente im Maschinen- und Anlagenbau, also der Produktion von Produktionsmitteln für die Massenproduktion, die zumindest teilweise auf den Export in den RGW (Comecon) oder den Weltmarkt ausgerichtet war. Den volkswirtschaftlichen Produktivitätsrückstand dieser Branchen konnte die DDR Wirtschaft dank eines Verrechnungskurses von etwa 1:4 zur DM und einem Lohnniveau unter dem der BRD ausgleichen. Allerdings funktionierte dieses staatssozialistische Regime der exportorientierten Produktionsmittelproduktion für die Massenproduktion schon in den 1980er Jahren nicht mehr gut, vor allem wegen der veränderten Terms of Trade und der überproportional steigenden Kosten für Energie und Rohstoffe und wegen der Unfähigkeit der staatssozialistischen Planwirtschaft, mit Innovationen und systematischen Produktivitätssteigerungen zu reagieren.

Mit der Währungs- und Wirtschaftsunion 1990 brach nun der Kontext für diese Variante eines fordistischen Produktionsmodells völlig weg. Die Importeure aus dem RGW gab es nicht mehr, weil sie nunmehr in Devisen hätten zahlen müssen. Der Export in westliche Länder konnte wegen des entfallenen Wechselkurses in der Regel nicht mehr rentabel sein. Die Außenmärkte brachen faktisch in wenigen Wochen zusammen.

Gleiches kann man für die Binnenmärkte sagen, wenn auch nicht ganz so extrem. Die Hersteller qualitativ besserer Konsumgüter aus dem Westen – wie wir heute von einigen Produkten, insbesondere Lebensmitteln, wissen, waren sie manchmal nur besser verpackt und durch Geschmacksverstärker aufgepeppt, aber oft waren sie auch wirklich dramatisch bes-

ser und moderner – eroberten schnell erhebliche Teile des ostdeutschen Binnenmarktes, das alte DDR-Zeug wollten die Leute erst mal nicht mehr haben. Folglich brach die Produktion auch auf dem Binnenmarkt ein.

Zugleich begann aber ein *selektiver* Restrukturierungsprozess, bei dem die Aktivität der Betriebe selbst, aber auch die Strategie der jeweiligen Treuhandabteilung, die der potenziellen Investoren aus dem Westen oder aus der Welt (ganz selten aus Ostdeutschland), die der Gewerkschaften und Betriebsräte und natürlich auch die der kommunalen Akteure eine Rolle spielten. Sie versuchten, aus ihrer Interessensperspektive für jeden Einzelfall einen Weg für das betroffene Unternehmen zu finden. Bei einigen war bald klar, wie es gehen kann, bei anderen recht schnell, dass es gar nicht gehen wird. Und bei vielen fand sich über Experimente, Pleiten, Pannen und Neuanfänge ein mehr oder weniger gangbarer Platz und Weg für einen neuen Entwicklungspfad in einem neuen Umfeld.

Ich will klar sagen, dass es eine gewisse Wahrscheinlichkeit gab, dass dabei rationale Entscheidungen herauskamen, aber natürlich nicht immer. In vielen Fällen war es richtig, diesen Betrieb zu schließen und jenen zu erhalten, und in vielen war der gefundene Weg mittelfristig gangbar. Aber es wird ganz oft auch vorgekommen sein, dass Betriebe geschlossen wurden, obwohl sie in einer anderen Konstellation zu retten gewesen wäre. Dazu gehört wohl auch, dass manche von Konkurrenten gekauft und dann geschlossen wurden, weil man den Markt bereinigen wollte, obwohl es möglich gewesen wäre, die Firma wettbewerbsfähig zu sanieren. Und in einigen Fällen hat man auch Betriebe erhalten, die man eigentlich hätte schließen sollen.

Wie auch immer – dieser *selektive* Reorganisationsprozess erfolgte im Kontext der *gegebenen* volkswirtschaftlichen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und der Maßstab für die Sanierungsfähigkeit einer Firma war nicht ihr Zustand für sich selbst und auch nicht ihre Funktion oder ihre Leistungsfähigkeit in der nicht mehr existierenden Volkswirtschaftsstruktur der verblichenen DDR, sondern die Passfähigkeit und potenzielle Leistungsfähigkeit in dem neuen Kontext. Reorganisation bedeutete, Adaptation an diese neue Struktur – und zwar unter weitgehender Reduktion von direkten Außenmarkteinflüssen, denn aus denen waren die DDR-Betriebe ja gerade heraus gefallen.

Der „Wert“ eines Unternehmens, speziell der Ertragswert, ist keine substratartige Eigenschaft der Grundstücke, Maschinen, Anlagen und Gebäude, er hängt von dem volkswirtschaftlichen Beziehungsgeflecht ab, in dem ein Unternehmen wirtschaftet. Daher war es ganz logisch, dass Betriebe, die im Kontext der DDR-Volkswirtschaft und der RGW-Märkte durchaus rentabel wirtschafteten und einen entsprechenden Vermögenswert hatten, in dem neuen volkswirtschaftlichen Kontext Deutschlands und der EU auf einmal keinen oder einen sehr viel geringeren Wert hatten. Die mit der Wirtschaftsunion verbundene „Entwertung“ des

volkseigenen Sachvermögens und die Selektivität der industriellen Reorganisation sind durch objektive Konstellationen bedingte gesellschaftliche Prozess und nicht die Folge willkürlicher Entscheidungen der Treuhand oder der Investoren.

Diese Reorganisation im Kontext der westdeutschen Volkswirtschaft bedeutete beispielsweise, dass Betriebe, die *ähnliche* Produkte herstellten wie westdeutsche Betriebe (wenn es sich um fernhandelbare Güter oder Leistungen handelte) vergleichsweise schlechte Karten hatten, vor allem dann, wenn es sich um Märkte mit Überkapazitäten handelte, was 1990 in vielen Fällen so war. Ein in vielen, aber nicht allen Fällen zu unterstellender Produktivitätsrückstand und ein in der Regel viel zu großer Personalbestand verschlechterte die Chancen für solche Betriebe noch weiter. Im Zuge der Marktberreinigung schlossen solche ostdeutschen Betriebe oft, der westdeutsche Konkurrent übernahm den Markt, verbesserte seine Kapazitätsauslastung und baute seine Produktion ggf. aus. Niemand hätte sich das umgekehrte Szenario als Regel vorstellen können.

Nur ein unterproportionaler Teil der ostdeutschen Betriebe mit parallelen Produktionspaletten und -potenzialen wurde genutzt, um Kapazitäten aufzustocken. Angesichts weltweit kaum expandierender Märkte für fordistische Massenprodukte und deren Produktionsmittel und angesichts des global zunehmenden Wettbewerbs um diese Märkte war dies eine mehr oder weniger automatische Folge der Ausgangsbedingungen, die allerdings das Verschwinden erheblicher Teile der ostdeutschen Industrie zur Folge haben musste, weil die Reorganisation eben nicht schrittweise gestaltet und bei gleichzeitigem Neuaufbau von anderen Industriekapazitäten erfolgte.

Was bei dieser selektiven Reorganisation notwendigerweise erhalten bleiben musste, waren Betriebe für lokale und regionale Märkte: Handwerk, Bauwirtschaft, Kleinproduktion, Service und Dienstleistungen. Die Zahlen weisen aus, dass deren Produktivität etwa Mitte der 1990er Jahre rund 30 % hinter der westdeutschen zurücklag. Trotzdem gingen sie nicht unter, denn weil sie überwiegend lokal handelbare Produkte herstellten, konnte ihnen die ferne Konkurrenz nicht viel anhaben. Der Produktivitätsrückstand hatte meist simple Gründe: niedrigere Produktpreise (in Putlitz kann ich immer noch für 5 Euro zum Friseur gehen und der Stundenpreis des Heizungsmonteurs dürfte etwa die Hälfte im Vergleich zu Bayern betragen) und geringere Kapazitätsauslastung, kaum schlechtere Arbeit oder schlechtere Produkte. Da die Bevölkerung laufend zurückging und die Einkommen nach dem ersten kräftigen Schluck aus der Pulle seit 1994 kaum noch stiegen, partiell sogar sanken, konnte diese auf lokale Märkte orientierte regionale Wirtschaft in der Regel ihre Kapazitätsauslastung nicht verbessern, von Wachstum ganz zu schweigen. Sie dümpelt seit 15 Jahren so vor sich hin, von wenigen prosperierenden Regionen, Jena, Dresden, Leipzig, Potsdam, teilweise Berlin, abgesehen. Stagnation dominiert das Bild dieser Branchen.

Soweit der Fragmentierung erster Teil – der ganz und gar in das skizzierte makroökonomische Mezzogiorno-Szenario zu passen scheint: Die eher überregional orientierten Teile der DDR-Industrie, die Parallelkapazitäten zur westdeutschen Industrie aufwiesen, schrumpften, verschwanden, ihre Funktionen übernahmen westdeutsche Unternehmen. Oder sie wurden verlängerte Werkbänke. Die lokal agierenden Unternehmen dümpelten auf einem stagnierenden Niveau dahin. Die Bauwirtschaft hatte erst einen gewaltigen Boom und schrumpfte dann viele, viele lange Jahre langsam wieder zusammen.

Aber das Bild stimmt so nicht. Schon Ende der 1990er Jahre konnte man, wenn man nicht ideologisch verbohrte war, echte Erfolgsgeschichten beobachten, darunter vor allem exportorientierte Industrieunternehmen. Dazu gehört heute beispielsweise ein Optiknetzwerk in Thüringen, der Werkzeug und Textilmaschinenbau in Chemnitz, der Spezialfahrzeughersteller Multicar, das Netzwerk Plauener Spitze, ein Hersteller von speziellen Operationstischen in Sachsen, ein Hersteller von Schiffsschrauben in Waren, aber auch einige Dresdner Elektronik-Betriebe, um einige von inzwischen vielen Betrieben zu nennen, die oft durch Ausgründungen aus ehemaligen DDR-Betrieben im Zuge der Treuhandprivatisierung entstanden waren.

Dann haben wir natürlich auch neu gegründete bzw. aufgebaute Betriebe wie das aus Forschungseinrichtungen entstandene *Biocon Valley* in Mecklenburg-Vorpommern, ein BioMedizinTechnikum mit mehreren Firmen in Teterow, oder das auf der Grünen Wiese im Chemiestandort Bitterfeld errichtete Werk von Q-Cells, das Solarzellen entwickelt und herstellt. Dazu gehören übrigens auch einige Hersteller von Windkraftanlagen und viele kleine Solarenergiefirmen, die keine Solarzellen herstellen, sondern Module oder Anlagen planen, montieren und warten. Selektive Restrukturierung bedeutet in diesem Zusammenhang also, dass Betriebe, die *komplementäre* und passfähige Strukturen (also nicht einfach dieselben und damit überflüssige) hatten oder solche aus den vorhandenen oder neuen Ressourcen entwickeln konnten, ganz gute Karten hatten, weil sie in den Bedarf des Weltmarktes und / oder der westdeutschen Wirtschaft gut passten, Lücken füllten, unbesetzte Nischen eroberten oder gar neue schufen. Das gilt – kurioserweise – auch für die landwirtschaftlichen Großbetriebe der DDR, die zu den Massenproduzenten im westeuropäischen und globalen Lebensmittelgewerbe passten wie die Faust ins Auge und denen es daher in der Regel sehr gut geht.

Eine solche *komplementäre* Entwicklung funktionierte natürlich nur dann, wenn eine Reihe günstiger Bedingungen, darunter durchaus auch zufällige, es ermöglichte, diese Potenziale freizusetzen oder überhaupt erst zu entfalten, wenn die richtigen Leute zusammentrafen und die kritische Masse da war. Die Treuhandanstalt aber konnte eine solche innovative Sicht kaum haben, konnte eine möglicherweise erst entstehende neue komplementäre Industriestruktur und deren Förderung nicht als Maßstab für Sanierung, Privatisierung bzw. Abwick-

lung oder Filettierung benutzen, weil sie natürlich nicht hellsehen konnte. Das Konzept war *Aufbau Ost als Nachbau West* (und das war die Crux), nicht Umbau der neuen gesamtdeutschen Industrie. Daher verschwand einiges, was vielleicht im Hinblick auf komplementäre neue industrielle Entwicklungspfade Chancen gehabt hätte, und vieles blieb, was man besser geschlossen hätte, weil es bald überflüssig sein wird – zum Beispiel die Braunkohle, die Kohlekraftwerke und die großen Energieversorger und Netzbetreiber, die aus heutiger Sicht besser Draußen geblieben wären, weil sie den Strukturwandel mit einer oligopolistischen Interessenpolitik behindern. Ein Konzept der *experimentellen Reorganisation* wäre vielleicht kurzfristig teurer, langfristig, aber vielleicht chancenreicher gewesen.¹ Dies ist ein Argument, was nicht nur für Ostdeutschland gilt, sondern auch für andere alt-industrielle Regionen, die im Strukturwandel nach neuen Pfaden suchen müssen.

Wie auch immer: Das Ergebnis der *selektiven Reorganisation* war nicht nur eine Reduzierung des Industriepotenzials und nicht nur eine recht und schlecht dahindümpelnde und langsam schrumpfende Regionalwirtschaft, sondern auch eine *kleine aber feine* und zudem *wachsende potente neue weltmarktorientierte* Industrie, von der nicht selten behauptet wird, sie sei leistungsfähiger als das vergleichbare Segment der westdeutschen Industrie. Zur Fragmentierung gehört aber auch, dass diese Betriebe meist stark in überregionale Netzwerke integriert sind – in Netzwerke ihrer westdeutschen Mutterkonzerne, in Netzwerke weltweit, in globale Cluster von Zulieferungen, Forschungs- und Entwicklungskooperation und Markterschließung. Sie sind Teile global organisierter FuE- und Produktionscluster und mit der lokalen Wirtschaft am Standort kaum vernetzt. Dies ist ein Phänomen, das die ostdeutsche Fragmentierung von der traditionellen Struktur fordistischer Produktionscluster unterscheidet. In meinem Protokoll eines Besuchs im Medizin-Technikum steht: *Frage: Wie weit ist der Betrieb mit lokalen Unternehmen, Zulieferbetrieben usw. verbunden? Antwort: Wenn eine Anlage kaputt ist, kommt der Monteur aus den USA. Wenn das Licht auf der Toilette nicht brennt, kommt der Elektriker aus Teterow.*

Mit *Fragmentierung* soll also nicht nur das Nebeneinander, sondern auch die getrennte Dynamik der Entwicklung zwischen diesen beiden Bereichen bezeichnet werden. Darüber hinaus haben wir auch regionale Fragmentierungen zwischen Regionen mit vielen und solchen, ohne derartige *Highlights*.

1995 betrug die Produktionslücke zwischen Produktion und Verbrauch (Konsum plus Investitionen) in Ostdeutschland rund 1/3 des ostdeutschen BIP. Die Differenz musste durch Waren und Güter aus Westdeutschland oder dem Ausland geliefert und durch Zahlungsmitteltransfers von West nach Ost finanziert werden. Lange Zeit sah es so aus, als würde diese Pro-

¹ Nur hätte es die meisten Politiker und Wirtschaftsmanager intellektuell überfordert und wäre auch in der Bevölkerung nicht angenommen worden. *Keine Experimente* war die häufig gebrauchte Parole in dieser Zeit, die realiter ein einziges

duktionslücke konstant bleiben, also das Leistungsgefälle (BIP pro Einwohner bzw. pro Beschäftigten) nicht abnehmen. Inzwischen aber beträgt die Produktionslücke nicht mehr 30, sondern nur noch 10 % des ostdeutschen BIP. Dieser Rückgang ist sehr wahrscheinlich überwiegend durch die Ausweitung und Vertiefung dieser erfolgreichen komplementären Entwicklungen zu erklären. In wenigen Jahren wird Ostdeutschland also im Mittelwert an das Niveau der westdeutschen Industrie und bald auch an das der westdeutschen Wirtschaft anschließen – aber die Fragmentierung wird bleiben. Das ist auch der Grund, warum Ostdeutschland eine Transferökonomie bleiben wird, die sich selbst nicht tragen kann – in doppelter paradoxer Weise. Fragmentierung und Transfers bedingen sich gegenseitig.

Die öffentlichen Transfers betragen derzeit immer noch etwa 80 Mrd. Euro pro Jahr mit nur sehr langsam sinkender Tendenz, obwohl die Produktionslücke auf etwa 30 Mrd. Euro pro Jahr zurück gegangen ist. Wo ist die Differenz von 50 Mrd.? Sie muss in einem Nettofinanzstrom von Ost nach West stecken, den wir saldenmechanisch berechnen, statistisch aber nicht so ohne weiteres im Detail verorten können. Ich wiederhole: Ostdeutschland muss saldenmechanisch *Nettokapitalexporteur für Westdeutschland* sein! Eine wahrlich koriose Vorstellung – aber sie ist wahr.

Offensichtlich handelt es sich dabei um Rückflüsse und Gewinne aus Investitionen privater Anleger, die in den Westen zurückfließen. Per Saldo sind also seit 2001 die Rückflüsse aus alten Investitionen größer als die Zuflüsse in neue Investitionen, bis 2000 waren die privaten Investitionszuflüsse in den Osten größer als die Rückflüsse. Dabei dürfte es sich um Rückflüsse und Gewinne aus Sachanlagen und Grundstücken, um Mieten und Pachten, um Anlaageerlöse aus Betrieben und nicht zuletzt aus den gewaltigen Investitionen in Windkraftanlagen und zunehmend in Solaranlagen handeln, von denen in Ostdeutschland überdurchschnittlich viele stehen und mit denen man derzeit sehr gut Geld verdienen kann.

So gut und richtig es ist, dass Investoren nach einer gewissen Zeit ihr Geld zurück bekommen und, wenn es gut gegangen ist, mit Gewinn, so bedenklich ist eine Transferkonstellation, bei der aus einer immer noch entwicklungsbedürftigen Region mehr investive Mittel abfließen. Grund ist eben diese Fragmentierung. Große Teile der Wirtschaft dümpeln vor sich hin, produzieren nur geringe Einkommen. Die Regionen mit niedrigem Einkommen, hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil an Renten- und Transferempfängern müssen durch externe Mittel – vor allem aus den Taschen der west- und natürlich auch der ostdeutschen Steuerzahler finanziert werden. Öffentliche Transfers werden hier gebraucht. Andererseits erzeugt ein anderer Teil der Wirtschaft hohe Erlöse, zahlt Kredite und Zinsen zurück, zahlt Gewinne aus, die aber per Saldo nicht wieder in Investitionen zur Überwindung der Fragmentierung fließen, auch nicht zur Finanzierung der erforderlichen Transfers herange-

zogen werden, sondern abfließen. Bestenfalls kommen sie über den Umweg der Steuerzahlungen im Westen wieder im Osten an, wobei der größere Teil der in Westdeutschland eingenommenen Steuern vermutlich aus dem Mittelstand und nicht aus den Erlösen der finanzstarken Investoren stammt.

Kurz: Ostdeutschland ist keine durchweg blühende Landschaft, Ostdeutschland ist aber auch keine Wüste und auch kein neues Mezzogiorno, sondern eine fragmentierte Gesellschaft mit einer fragmentierten Wirtschaft, eine doppelte Transfergesellschaft, öffentlich abhängig vom Westen, privat aber inzwischen eine gute Anlage für Vermögende. Und dies mit den daraus folgenden großen sozialen, demographischen und politischen Problemen, der sozialen Segregation und der scheinbaren Perspektivlosigkeit für viele. Besonders schlimm traf es die 15 oder 20 Alterskohorten, die Schulabgänger von etwa 1990 bis 2007, von denen nur 1/3 eine Arbeit und ein akzeptables Einkommen zu Hause finden konnten, während 1/3 dauerhaft abwanderte und 1/3 in prekärer und dauerhafter Transferabhängigkeit landete. Diese Zeiten sind vorbei, die geburtenschwachen Jahrgänge und die gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften führt dazu, dass Fachkräfte dringend gesucht werden und heute jeder ostdeutsche Jugendliche, wenn er nicht durch die Lebensumstände im Elterhaus, in der Schule und in der Dörfern und Städten schon irreversibel demotiviert ist, eine Super-Chance für Ausbildung und Erwerbseinstieg hat. Nur wird es ein paar Jahre dauern, bis sich dies herum gesprochen hat, die Löhne wieder steigen, sich die Behandlung der Arbeitskräfte durch die Unternehmen und die Lehrer in der Schule wieder bessert und die miese Stimmung verflogen ist, die eine ganze junge Generation blockierte und aus dem Land graulte. Fast genauso schlimm wie das Schicksal der älteren Geschwister, die sich seit 15 Jahren in ausweglosen Maßnahmekarrieren drehen, ist, dass die heute junge Generation zwischen 16 und 26 immer noch glaubt, dass sie in Ostdeutschland keine Zukunft hat, dass es dort auch niemals mehr eine Zukunft geben wird und man weggehen muss – obwohl dies bald, jetzt vielleicht schon, und auf absehbare Zeit gar nicht mehr stimmen wird.

Literatur und Quellen

Alle Daten stammen aus:

Busch, Ulrich; Land, Rainer (im Erscheinen 2010): Kapitel 5: Ostdeutschland: Vom staatssozialistischen Fordismus in die Entwicklungsfalle einer Transferökonomie. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden 2010: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Hier sind auch weitergehende Quellenangaben zu finden.

Will, Rosemarie; Busch, Ulrich; Land, Rainer; Quilitzsch, Gerhard; Will, Rosemarie (1989): Gesellschaftsgestaltung durch Verfassungsdiskussion. In Humboldt-Universität zu Berlin: Beiträge zur Sozialismuskussion. Theorie/Aktuelle Politik/Strategiediskussion, November 1989 bis Januar 1990. (Aktuelle Politik 3/1/90). Gekürzt auch in: Neues Deutschland vom 20./21.01.1990. In: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. Dokumentation. Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus, Bd. 5. Universität Leipzig und Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Weiterführende Arbeiten des Autors bzw. mit Beteiligung des Autors:

Blumh, Katharina; Kern, Horst; Land, Rainer; Voskamp, Ulrich; Wittke, Volker (1991): Die Bedeutung des DDR-Produktionsmodells für Pfade der industriellen Reorganisation. – Vergleichende Fallstudien in zwei Kabelwerken. Projektbericht des von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojekts. Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI).

Busch, Ulrich; Land, Rainer (im Erscheinen 2010): Kapitel 4: Der Fordistische Teilhabekapitalismus als Regime sozioökonomischer Entwicklung und der Umbruch. Deutschland 1950 bis 2009. In: Berichterstattung, a.a.O.

Land, Rainer; Possekel, Ralf (1998): Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin, Ch. Links Verlag 1998

Land, Rainer (1988): Die sozialökonomische Seite der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung. In: Brie, André; Brie, Michael; Land, Rainer; Segert, Dieter: Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988. Manuskriptdruck der Humboldt-Universität zu Berlin 1989, S. 57-74

Land, Rainer (1992): Es gibt keine einfache Lösung. Die Umgestaltung der ostdeutschen Industrie im Kontext der globalen Krise moderner Wirtschafts- und Lebensweise. In: Schulz, Werner; Volmer, Ludger: Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Konzepte für die fünf neuen Länder. Ch. Links Verlag, Berlin.

Land, Rainer (1992): Fordismus und Planwirtschaft. In: Brie, Michael; Böhlke, Ewald: Rußland wieder im Dunkeln. Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 1992.

Land, Rainer (1996): Staatssozialismus und Stalinismus. In: Lothar Biesky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann: Die PDS - Herkunft und Selbstverständnis. Dietz Verlag Berlin 1996

Land, Rainer (2000): Der Herbst 1989 und die Modernisierung der Moderne, In: Berliner Debatte INITIAL 2/2000

Land, Rainer (2006): Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. Redaktion des Gesamtberichts, Autor der Berichtsteile 3, 4, 5. In: Berliner Debatte INITIAL 5/2006

Land, Rainer (2010): Staatssozialistische Planwirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung – Warum Planwirtschaft nicht innovativ sein kann. www.rainer-land-online.de

Land, Rainer; Willisch, Andreas (2005): Ostdeutschland – ein Umbruchsszenario. Warum der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ nicht gelingen konnte. In: Hannes Bahrmann, Christoph Links (Hg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Chr. Links-Verlag 2005